



<http://www.freiheitistleben.de>

Email: lebeninfreiheit@oleco.net

Email: lebeninfreiheit@arcor.de

Freiheit ist selbstbestimmtes Leben ohne Angst




Als zweites möchte ich die gegebene Alltagssituation ansprechen

- Rechtsstaat <> Unrechtsstaat
was ist ein Rechtsstaat ?
welche kann man als Rechtsstaat bezeichnen ?
UN <> UNO <> Menschenrechte <> Völkerrat <> Völkergemeinschaft
- Deutschland: Rechtsstaat <> Unrechtsstaat ?
1918, 1948, 1956, 1990, 2007
- was bedeutet dies für die Menschen, die Beamten, ... ?
=> siehe dazu auch Ziele -2-

auf die wesentlichen Punkte zusammengefasst: was ist Deutschland ?

Wie im Thema 1 das Tondokument von Prof. Dr. Carlo Schmid belegt, existiert weder ein deutscher noch ein souveräner Staat, sonder nur ein Organisationsgebilde.

Dass die BRD kein Staat ist, beweist auch seine Anmeldung als GmbH in Frankfurt a.M.

siehe Registerportal der Länder	 bitte diesen Link anklicken
aktueller Auszug des Registerportals	 bitte diesen Link anklicken
HRB 51411 - 18. Januar 2001: Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt	 bitte diesen Link anklicken

Dieses ist auch nur logisch und wurde durch das [Bundesverfassungsgerichtsurteil 2Bvfl/73](#) (auch 2BvL6/56 und 2BvR373/83) bestätigt - das Bundesverfassungsgericht hat mit o.g. Urteil die Existenz des Staates Deutsches Reich unwiderruflich festgestellt und es können am selben Platz / auf dem selben Territorium keine 2 Staat existieren.

Dazu noch mal Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat, 8. September 1948

Was ist nun die Lage Deutschlands heute? Am 8. Mai 1945 hat die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert. Die bedingungslose Kapitulation hatte Rechtswirkungen ausschließlich auf militärischem Gebiet. Die Kapitulationsurkunde, ... hat nicht etwa bedeutet, ... daß es als Staat nicht mehr existiert, sondern hatte lediglich die Bedeutung, daß den Alliierten das Recht nicht bestritten werden sollte, mit der deutschen Wehrmacht nach Gutdünken zu verfahren. Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind. Die Sieger haben in Potsdam ausdrücklich erklärt, erstens, daß kein deutsches Gebiet im Wege der Annexion weggenommen werden soll, und zweitens, daß das deutsche Volk nicht versklavt werden soll. Daraus ergibt sich, daß zum mindesten aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluß gezogen werden kann, daß Deutschland als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hat.

Meine Frage lautet: Rechtsstaat <> Unrechtsstaat => was ist ein Rechtsstaat ?

Sie hätte besser lauten müssen: kann ein Nichtstaat ein Rechtsstaat sein ?

Da ein reines Wirtschaftskonstrukt ein Unternehmen ist und daher als GmbH eine juristische Person darstellt, kann dies weder ein Staat (es war niemals einer und kann niemals einer sein - zudem kann dasselbe Konstrukt nicht einmal Unternehmen und gleichzeitig Staat sein - nur eine Definition kann richtig sein und diese ist von diesem Wirtschaftskonstrukt selbst gewählt

worden) noch ein Rechtsstaat und niemals ein souveräner Teil der UNO oder der EU oder der Völkergemeinschaft sein - denn nur Staaten können Mitglieder der UN <> UNO sein; damit ist der Sitz der BRD nur Schein und völkerrechtlich unwirksam. Die UN / UNO ist ja die Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, der sich gegen das Deutsche Reich zusammengefunden hat - dadurch hat die BRD die bis heute auch in der UNO gültigen Feindstaatenklausel gegen Deutschland unterschrieben und ist offizieller Feind des deutschen Volkes.

Ich war Teilnehmer 2006 als der internationale Juristentag in Nürnberg gehalten wurde. Klar Aussage der anwesenden Juristen und bayr. Justizministerin: die Juristenfraktion hat niemals eine sog. EntNaziFizierung erfahren - d.h. mehr als 80% der Richter blieben auch nach 1945 im Amt oder bildeten als an den Universitäten die nachfolgende Juristengeneration im selbst erlebten Geist aus.

Die im Jahre 1877 (Reichsjustizgesetze) strukturell eingerichtete Vormundschaft der Exekutive über die in Angelegenheiten der Justiz sprachlos gehaltenen Richterinnen und Richter ist im heutigen (West- und Mittel-) Europa eine deutsche Besonderheit. Man hat ihr einen neuen Namen gegeben: "Gewaltenschränkung". In Deutschland hat bis heute keine Übertragung der Rechtsprechenden Gewalt auf einen eigenen Machträger stattgefunden => trotz [Art 20 Abs. 2 und 3, 92 und 97 Grundgesetz].

So sagte 1934 Gustav Radbruch (Der Relativismus in der Rechtsphilosophie) "*Ich kann es mir ersparen, im einzelnen darzulegen, daß es einen Rechtsstaat nicht geben kann ohne Gewaltenteilung*"

Und in der BRD

1953 sagte der Gutachter Prof. Dr. Ridder auf dem 40. Deutscher Juristentag (Sieg der Reformgegner?): "*...Es gibt keine "rechtsprechende Gewalt"*"

Noch 2007 wurde das Säulen-Modell gefordert

Beschluss der Bundesvertreterversammlung des DRB (deutscher Richterbund)

Die Bundesvertreterversammlung des Deutschen Richterbundes hat am 27. April 2007 in Potsdam: "*Der Justiz ist die Stellung zu verschaffen, die ihr nach dem Gewaltenteilungsprinzip und nach der in den Art. 92 ff. GG vorgesehenen Gerichtsorganisation zugewiesen ist.*"

was ist ein Rechtsstaat ? dt. Richterbund	 bitte diesen Link anklicken
Neue Richtervereinigung umfassend	 bitte diesen Link anklicken

Die nach 1949 allgegenwärtigen Parteien verhinderten, dass die Staatsgewalt auf drei verschiedene, einander gleich geordnete Machträger übertragen wurde und unterliefen dadurch den deutlich artikulierten Willen des Verfassungsgebers. Die deutsche Justiz ist ein Teil des Geschäftsbereichs der Regierung geblieben, nach 1945 wie vor 1945, nach 1949 wie vor 1949. Bis zum heutigen Tage.
[Paulus van Husen]

Paulus van Husen, der erste Präsident des Verfassungsgerichtshofes und des Oberverwaltungsgerichts in Nordrhein-Westfalen Zur "Dritten Gewalt": "*...es geht darum, aufzudecken, daß die Selbständigkeit der Gerichte in Deutschland ein Schein ist, ...*"

Konkret heißt dies nichts anderes, dass der Nichtstaat BRD (die BRD ist nicht Deutschland) eine reine Parteiendiktatur ist, welche die Umsetzung der alliierten Vorgaben durch das Grundgesetz verhindert (hier kann man auch nicht von einer Legitimierung durch [Akklamation](#) sprechen)
- den bundesweiten Volksentscheid
- die Einführung der Gewaltenteilung durch eine unabhängige Richterschaft

Daher kann es niemals, zu keiner Zeit völkerrechtlich gültige Urteile an irgendeinem deutschen Gericht gegeben haben !

Eine Diktatur kann niemals ein Rechtsstaat sein - alles und jedes Handeln dient nur der Aufrechterhaltung des Scheins. [siehe dazu das Urteil EGMR 75529/01](#)

1956 wurde wiederum gegen das Grundgesetz verstoßen - durch die Einführung des Parteien / Listenwahlrechts. Das Grundgesetz schreibt die Direktwahl des jeweiligen Abgeordneten vor.

Durch das Listenwahlrecht wird nur mehr die Partei gewählt, welche den Bürgern den ihnen genehmen Abgeordneten vorsetzt und so die unliebsamen Parteimitglieder ausschaltet.

Nachdem kein Grundgesetzartikel in seinem Wesen angetastet werden darf, ist das Listenwahlrecht ungesetzlich / illegal und damit nichtig.

Damit sind alle Wahlen seit 1956 nichtig und damit jede Handlung irgendeiner Partei illegal; gesetzeswidrig ratifizierte Anordnungen, Gesetze etc. sind niemals gültig.

D.h. wir leben in einer Schmierkomödie und werden gewaltsam zur Erfüllung illegaler und nichtiger Gesetze gezwungen.

Da mehrfach belegt wurde, dass die BRD kein Staat ist und nur Staaten Einbürgerungen vornehmen / Menschen eine [Staatsbürgerschaften](#) verleihen können, erklärt sich auch, wieso in allen Ländern es Personen, hier in der BRD nur Personal (= Mitarbeiter) Ausweise gibt.

D.h. jeder, der hier eingebürgert wurde oder mit Geburt einen Personalausweis = Mitarbeiter bekam, hat - im Widerspruch zu den Menschenrechtskonventionen - keine [Staatsbürgerschaft](#).

Nun erklärt sich auch, wieso Verstöße gegen Menschenrecht in der BRD kein Straftatbestand (**wir sind ja keine Menschen, sondern nur Personal / Zwangsmitarbeiter einer GmbH und können Menschenrechtsverstöße höchstens der GmbH Leitung melden**) sind. Klar, dass Deutsche einen so schweren Stand vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte haben, denn sie haben ja kein Menschenrecht (*in der BRD sind Menschenrechtsverletzungen keine Straftatbestände, obwohl sie von der Staatsgewalt zu schützen sind. Dies widerspricht allen völkerrechtlichen Grundsätzen und Art. 1,25 GG*) => siehe [ZEB Info](#) und [ZEB Flyer](#) sowie [ZEB: Existenzvernichtung](#)

Im Vorfeld der Zusammenführung der DDR und der BRD - also der beiden unselbständigen, nicht souveränen Verwaltungskonstrukte (kennt jemand ein größeres Internierungslager?) - wurde von der bis heute regierenden Besatzungsmacht ([US SHAEF Gesetze](#)) der Artikel 23 des GG sowie in der DDR die DDR Verfassung als ganzes gelöscht.

Wiederum gilt: ein Gesetz ohne Geltungsbereich ist nichtig; damit ist das GG als Ganzes erloschen.

Ein Nichtstaat, der sich seit dem 18.7.1990 0:00 Uhr noch nicht einmal mehr über ein definiertes Gebiet beziehen kann, kann auch niemals irgendwelche Verträge abschließen.

Durch Art. 4 des Einigungsvertrags vom 31. August 1990 wurde der Artikel offiziell aufgehoben. Art. 23. Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Aber die Schmierentragödie geht weiter ([hören Sie den Beitrag von Hr. Görlitz](#))

Durch das Ende des GG existiert auch keine Staatshaftung mehr

Art. 34. Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten.

Damit gilt nur noch das BGB § 839 [Ersatzanspruch bei der Amtspflichtverletzung]

(1) Verletzt ein Beamter vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so hat er dem Dritten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Fällt dem Beamten nur Fahrlässigkeit zur Last, so kann er nur dann in Anspruch genommen werden, wenn der Verletzte nicht auf andere Weise Ersatz zu erlangen vermag. <= der Nichtstaat ist weg gefallen

Da es ja auch den Nichtstaat bald 20 Jahre nicht mehr gibt, gibt es genauso lange auch keine Beamten mehr - d.h. jeder Amtsträger ist Privatperson in Amtsanmaßung.

Dies ist den Juristen / Richtern bekannt; daher unterschreiben sie kein Urteil mehr.

BGB § 125 [Nichtigkeit bei Verstoß gegen Formerfordernis]

Ein Rechtsgeschäft, welches der durch Gesetz vorgeschriebenen Form ermangelt, ist nichtig. Der Mangel der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form hat im Zweifel gleichfalls Nichtigkeit zur Folge.

BGB § 126 [Bestimmung der gesetzlichen Schriftform]

(1) Ist durch Gesetz schriftliche Form vorgeschrieben, so muß die Urkunde von dem Aussteller eigenhändig durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens unterzeichnet werden.

So ist in vierfacher Sinne kein (völker-) rechtswirksames Urteil in der BRD mehr möglich

1. es gab nie eine unabhängige Richterschaft
= Fortführung der staatskonformen Urteile wie im 3. Reich
2. eine illegale Regierung kann keine rechtsgültigen Gesetze erlassen
- dies ist zu 100% seit 1956 für alle Regierungen so
3. in einem Land, in dem keine Gesetze durch das Erlöschen der Rechtsnorm (Grundgesetz) mehr gelten, kann kein Recht gesprochen werden
4. Urteile sind zu unterschreiben, da der Richter für ihre Richtigkeit haftet
nicht unterschriebene Urteile leiden an einem unbehebbaaren (nicht heilbaren) Formmangel

Diesen Tatsachen wurde 2006 & 2007 Rechnung getragen

denn durch die sog. Bereinigungsgesetze wurden hunderte von Gesetzen gelöscht

So auch die Einführungsgesetze - ein Gesetz, das nicht eingeführt wurde, steht nur unwirksam auf einem Blatt Papiere; d.h. durch das Löschen mehrerer Einführungsgesetze ist alles, was damit in Zusammenhang steht, nichtig.

Leider hat sich die deutsche Parteiendiktatur auf viele Beamten ausgeweitet, so dass das **deutsche Volk von 4 Seiten in die Zange genommen und ausgeplündert wird**

- Parteiendiktatur
- Beamtenendiktatur
- Willkür & Gewalt (Polizei, Staatsanwalt, Vollstreckungsbeamte)
- absolute Rechtlosigkeit - auch, dadurch das das deutsche Volk kein Teil der Völkergemeinschaft ist und dadurch ganz selbstverständlich nicht in den Genuß der Menschenrechte kommt

Was ist noch gültig ?

1. die [HLKO](#)
2. die [US SHAEF Gesetze](#)

Freiheit ist selbstbestimmtes Leben ohne Angst

Bitte vergessen Sie nie Erkenntnis, dass

Angst ist das Herrschaftsinstrument

- um Sie dazu zu bewegen, all Ihre Rechte aufzugeben
- und Sie vollständig (über ausgestreute Horrorszenarien) zu manipulieren, damit Sie das tun, was andere wollen

Seien Sie versichert: Sie sind nicht alleine !

Streifen Sie die lähmende Angst ab, lassen Sie Vernunft und kritische Logik / Wachsamkeit walten, schützen Sie sich vor Willkür; auch wenn Sie Ihre Zukunft vorbereiten, vergessen Sie nicht: Sie leben im hier und jetzt !